



Umweltbildung im Freistaat Sachsen

Positionspapier des Netzwerkes Umweltbildung Sachsen

Fassung vom 27. November 2003

Erarbeitet durch:

Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt
Service- und Koordinierungsstelle des
Netzwerkes Umweltbildung Sachsen
Katrín Weiner
Riesaer Straße 7
01129 Dresden

Tel.: 0351 / 81416-609
Fax: 0351 / 81416-666
E-Mail: koordinierung@umweltbildung-sachsen.de
Internet: www.umweltbildung-sachsen.de
www.lanu.de

Präambel

Um die komplizierten Vorgänge und Entwicklungen in Natur und Umwelt zu verstehen und um aktiv für deren Schutz einzutreten, ist ein umfangreiches Wissen über natur-, wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Zusammenhänge notwendig. Die nahezu unüberschaubare Komplexität von Natur und Umwelt erfordert integrative Sichtweisen von ökologischen, ökonomischen und sozialen Prozessen. Vernetzte Kenntnisse und konkrete Handlungsanleitungen sind wesentliche Voraussetzungen für naturverträgliches Handeln. Sie fördern auch die Bereitschaft zur Mitwirkung in der Natur- und Umweltschutzarbeit. All dies ist Aufgabe von Umweltbildung. Sie wird sowohl in den Schulen, Berufsschulen und Universitäten (formale Umweltbildung) als auch in staatlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen, Stiftungen, Kammern und Verbänden in unterschiedlicher Intensität und Qualität angeboten (nonformale Umweltbildung).

Der Akademie der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt wurde vom Freistaat Sachsen die Umsetzung der nonformalen Umweltbildung übertragen. Die schulische Umweltbildung fällt in den Zuständigkeitsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus. Die Akademie arbeitet eng mit dem Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft sowie entsprechenden Fachkreisen (Universitäten, Hochschulen, Museen, Stiftungen und Verbände) zusammen. Sie ist Mitglied im „Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz“ (BANU). Gleichzeitig ist in der Akademie die Service- und Koordinierungsstelle des Netzwerks Umweltbildung Sachsen eingegliedert. Die Akademie hat seit ihrer Gründung 1994 Ziele, Inhalte, Methoden und Instrumente der Umweltbildung in Sachsen maßgeblich mitbestimmt. Aufbauend auf diesen Erfahrungen und vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Herausforderungen zur Entwicklung einer umweltgerecht handelnden Gesellschaft wurden für das Netzwerk Umweltbildung Sachsen Leitlinien für die Umweltbildung erarbeitet.

Das Netzwerk Umweltbildung Sachsen verfolgt die Ziele:

- den Diskussions- und Erneuerungsprozess in der Umweltbildung voranzutreiben,
- den Stellenwert der Umweltbildung in der Gesellschaft zu erhöhen,
- Grundlagen für politische Entscheidungen zur Umweltbildung zu legen,
- ein klares Profil der Umweltbildung sowie qualitativ hochwertige, zeitgemäße und umfassende Bildungsangebote zu entwickeln und
- die Motivation und Professionalisierung der in der Umweltbildung tätigen Personen zu erhöhen.

Leitlinien für die Bildungsarbeit im Netzwerk Umweltbildung Sachsen

Die in diesem Positionspapier dargestellten Leitlinien sind Grundlage für die umweltbildnerischen Aktivitäten aller im Netzwerk Umweltbildung Sachsen zusammengeschlossenen Bildungsstätten. Diese Einrichtungen unterstützen die Ziele und Inhalte der Agenda 21 - des Aktionsprogramms der Weltgemeinschaft für das 21. Jahrhundert. Zur Umsetzung dieser in Rio de Janeiro 1992 beschlossenen gesellschaftlichen Neuorientierung ist Umweltbildung ein zentrales und wesentliches Instrument.

Die Umweltbildung bedarf dabei selbst einer Weiterentwicklung ihrer Ziele, Inhalte, Methoden und Instrumente sowie der Suche nach neuen Partnern.

In vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen oder in gemeinsamen Aktionen wird es besser gelingen, die Integration der Umweltbildung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu beschleunigen. Gemeinsame Arbeit, gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Erfolge werden dazu wesentliche Impulse geben.

Mit den Leitlinien zur Umweltbildung stellt das Netzwerk Umweltbildung Sachsen seine Konzeptionen und Strategien für integrative und übergreifende Zusammenarbeit vor. Umweltbildung wird dabei als umfassender Begriff verstanden. Er schließt Naturbildung, Naturschutzbildung und Umweltschutzbildung ein. Gemäß der Definition des

BANU versteht das Netzwerk Umweltbildung Sachsen unter Umweltbildung die

„Vermittlung von Informationen, Methoden und Werten um den handelnden und verantwortlichen Menschen zur Auseinandersetzung mit den Folgen seines Tuns in der natürlichen gebauten und der sozialen Umwelt zu befähigen und zu umweltgerechtem Handeln als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung zu bewegen.“

Umweltbildung ist damit auch ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

In der in Rio de Janeiro 1992 beschlossenen Agenda 21 werden grundlegende Aufgaben für das 21. Jahrhundert beschrieben, die zusammengefasst mit dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung definiert sind. Inzwischen hat sich diese Idee als gesellschaftliche Zielstellung in der Bundesrepublik Deutschland und speziell auch im Freistaat Sachsen etabliert. Sie ist in fast allen politischen und gesellschaftlichen Grundsatzpapieren verankert und entwickelt sich zunehmend zum Gradmesser der gesellschaftlichen Entwicklung.

Als wichtigstes Instrument zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung wird die Bildung gesehen. Dies ist damit zu begründen, dass nachhaltige Entwicklung von allen Bürgern erhebliche Kompetenzen bei der Beteiligung und Organisation von Verständigungs- und Entscheidungsprozessen verlangt. Ein Denken in Nachhaltigkeitskategorien wird dabei nicht als Verzicht von Ansprüchen auf ein gutes Leben verstanden, sondern als Gestaltungsauftrag, neue Wohlstandsmodelle, neue Umgangsformen mit der Natur, neue Produktions- und Konsummuster und neue Formen des sozialen Zusammenlebens zu entwickeln. Derartige Anforderungen implizieren unmittelbar einen Bildungsauftrag, der auf ökologische Tragfähigkeit genauso zielt wie auf wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und soziale Verständigung und Gerechtigkeit. Wir müssen also die Menschen in ihrem Lernen für die gleichzeitige Erfüllung dieser Ziele begleiten. Dieser Lernprozess wird heute als Bildung für nachhaltige Entwicklung bezeichnet.

Wenn wir Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Zielstellung definieren, dann muss auch jede Bildung Bildung für Nachhaltigkeit sein! In Abgrenzung zu den allgemeinen Anforderungen an eine Bildung für Nachhaltigkeit ist Umweltbildung dadurch gekennzeichnet, dass sie sich mit dem Verhältnis des Menschen zur Natur als Grundlage allen Tuns beschäftigt und spezifisch umweltbezogene Inhalte hat.

Es geht dabei um eine Umweltbildung, die auf eine neue und umfassende Sichtweise auf Probleme im Bereich Mensch – Natur aufmerksam macht, die als solche keiner Disziplin angehören: Umweltprobleme sind nicht ausschließlich physikalische, biologische, ökonomische, politische, soziale und kulturelle Probleme, sondern sie sind dies alles zugleich. Umweltbildung ist die Zusammenschau und begriffliche Strukturierung des auf Einzeldisziplinen verstreuten Wissens im Bereich der Interaktionen von Mensch und Natur sowie die Untersuchung seiner Reichweiten und seiner Grenzen.

In der Diskussion um die Begriffe Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung wird allerdings verkannt, dass der Gegenstand von Umweltbildung das Verhältnis von Mensch und Natur grundlegend beleuchtet und damit die Stellung des Menschen in der Auseinandersetzung mit der Natur in allen Bereichen untersucht, während der Bildung für nachhaltige Entwicklung ein Gegenstand zugrunde liegt – eben die Nachhaltigkeit der Gesellschaft -, von dem wir nicht wissen, ob und in welchem Umfang diese Vision Wirklichkeit wird. Zweifelsohne dient die Umweltbildung einer nachhaltigen Entwicklung, vor allem in dem sie auf die ökologischen Grundlagen der Gesellschaft ausgerichtet ist. Umweltbildung zeichnet sich jedoch durch Spezifika aus, die sie von Bildung für Nachhaltigkeit abhebt. Die Spezifika drücken sich in ihrem Gegenstand aus – nämlich der Betrachtung der Verhältnisse von Mensch und Natur.

Wenn dieses neue Denken einen wichtigen Gegenstand der Umweltbildung darstellt, dann brauchen wir Vordenker und Visionäre, dann brauchen wir fachliche Qualität und methodische Vielseitigkeit. Vor allem aber brauchen wir Partner, die diesen ganzheitlichen Prozess gemeinsam mitgestalten. Vor

diesem Hintergrund gewinnt das Netzwerk Umweltbildung Sachsen eine wachsende Bedeutung, wenn es gelingt, Qualität und Professionalität sicher zu stellen. Gerade unter den Bedingungen geringer werdender finanzieller Ressourcen müssen die Mittel effizienter eingesetzt und die Koordinierung der Angebote verbessert werden. Die bestehende Netzwerkstruktur kann sich dabei als Organisationsform effizienten Mitteleinsatzes erweisen. Sie bedarf aber selbst einer Fortführung und finanziellen Unterstützung, um dem gewaltigen Anspruch einer neuen Generation von Umweltbildung gerecht zu werden.

Mit den folgenden Leitlinien, die auf der Grundlage der Leitlinien des Bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU) entwickelt wurden, ist eine Orientierung für diesen Weg gegeben:

Leitlinie 1:

Umweltbildung ist ein lebenslanger Lernprozess.

Umweltbildung soll lebenslanges handlungsorientiertes Lernen vom Kindergarten, über die Schule, den Beruf, den Freizeitaktivitäten, dem Lernen in der Familie bis hin zum Renten- und Pensionsalter ermöglichen. Um eine Bildung, die auf eine umweltgerechte Entwicklung zielt, zu etablieren, müssen die punktuell vorhandenen Aktivitäten zum selbstverständlichen und integrativen Bestandteil aller Gesellschafts- und Lebensbereiche ausgebaut werden. Umweltbildung soll politische und gesellschaftliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen begleiten und damit permanenter Bestandteil von politischen Aktivitäten, Vereinbarungen und Förderprogrammen sein. In diesem Sinne kann Umweltlernen in der Informations- und Wissensgesellschaft die Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, ihre Bildung, ihr Wissen auch in Prozesse der nachhaltigen Entwicklung einzubringen.

Leitlinie 2:

Umweltbildung bietet Visionen für eine nachhaltige Entwicklung.

Umweltbildung beinhaltet die Darstellung einer Vision, deren Ziel die umweltgerecht handelnde Gesellschaft und deren Aufgabe die Führung eines gesellschaftlichen und interkulturellen Verständigungsprozesses ist. Innerhalb der Umweltbildung ist daher besonderer Wert auf die Einsicht in die Gesamtvernetzung aller ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen zu legen. Durch diese integrierte Umweltbildung stehen die Vielfalt der Sichtweisen, Bewertungen und Lösungsvorschläge im Mittelpunkt, die eine Entwicklung im Widerstreit unterschiedlicher Interessen ermöglicht. Die zukünftigen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes sind nur zu bewältigen, wenn mit allen gesellschaftlichen Gruppen und mit allen Bürgerinnen und Bürgern eine sich in der Diskussion entwickelnde, umweltbezogene Problemlösefähigkeit entwickelt wird. Die Umweltbildungsstätten sollen Zentren der Begegnung und des Dialogs sein. Die jeweiligen Bildungsangebote entsprechen den aktuellen Bedürfnissen und sind auf die Vorsorge und Nachhaltigkeit im pädagogischen Handlungsfeld gerichtet. Bei der Bewältigung von Konflikten im Umweltbereich sind Problemlösungsstrategien zu entwickeln sowie Moderations- und Mediationsaufgaben zu übernehmen.

Leitlinie 3:

Umweltbildung erweitert ihre Inhalte.

Die Umweltbildungsstätten haben die Aufgabe, die Menschen zu befähigen, ihre Anliegen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung abzuschätzen sowie an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Die traditionellen Bildungsinhalte sind deshalb zu erweitern und zu aktualisieren. Klassische Themen sind genauso anzubieten wie wirtschaftspolitische, soziale und arbeitsmarktpolitische, damit die Integration von Natur- und Umweltschutz in alle Lebens- und Gesellschaftsbereichen erfolgt. Neben den traditionellen Inhalten wie Arten und Biotopschutz sowie technischer Umweltschutz sollen darüber hinaus Themen aufgegriffen werden wie:

biologische Vielfalt, Agenda 21, Ressourcen- und Energienutzung, Verkehr und Mobilität sowie Freizeitverhalten, ökologisches Bauen, Abfall und Wasser / Abwasser, Gen- und Biotechnologie, Umweltgeschichte und -philosophie, Lebensstile und Bewusstsein, Kultur und Kunst, Werte, Normen und Kompetenzen sowie Landesentwicklung und Raumordnung, soweit sie dazu beitragen, die Umweltkompetenz der Gesellschaft zu stärken.

Leitlinie 4:

Umweltbildung nutzt neue Methoden und Instrumente.

Neue Ziele und Inhalte erfordern neue Methoden und Instrumente. Da die Umweltbildung eine recht junge Disziplin ist, bedient sie sich bewährter und erprobter Methoden anderer Wissenschaften und modifiziert diese für ihre eigenen Belange. Die Interdisziplinarität erstreckt sich u. a. auf die Pädagogik, die Psychologie, die Politik, die Kultur-, Natur- und die Wirtschaftswissenschaften. Die Auseinandersetzung mit Methoden aus diesen Bereichen führt zu einem außerordentlich breiten Spektrum zielgruppenorientierter und altersgerechter Vermittlungs- und Anwendungstechniken. Besonderer Schwerpunkt ist auf den Einsatz moderner Managementmethoden, bewährter Moderations- und Mediationstechniken sowie praktikabler Kommunikationsstrategien zu legen. Das Methodenspektrum wird vor allem durch die zielgruppenspezifische Auswahl und Zusammenstellung bestimmt. Entscheidende Bedeutung besitzen dabei generell die partizipativen Methoden, die insbesondere die Teilnehmer befähigen, sich selbst in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Leitlinie 5:

Umweltbildung bietet Partnerschaft.

Das Konzept für eine nachhaltige Entwicklung erfordert eine Integration des Natur- und Umweltschutzes in alle gesellschaftlichen Bereiche. Vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit ist daher eine notwendige Grundlage für eine längerfristige gemeinsame und erfolgreiche

Arbeit, die stets gegenseitigen Nutzen erbringen soll. Die Integration neuer Partner und die Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit führen langfristig

- zur Neubestimmung und Erweiterung der Ziele für Umweltbildung als auch deren Reflektion / Überprüfung ·
- zu vernetzen Aktionen für eine wirksame Umweltbildung sowie
- zu größerer Effizienz beim Einsatz von Ressourcen.

Die effektive Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern bei gleichzeitiger Ressourcenoptimierung ist insbesondere in Netzwerken gegeben.

Eine Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Bereichen ist systematisch auszubauen und zu sichern. Dieses gilt vor allem für die Wirtschaft, die Politik, die Medien, die sozialen Dienste, die Kultur, die Kirchen, den Sport und die Wissenschaften sowohl in den öffentlichen, als auch in den privaten Einrichtungen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene.

Leitlinie 6:

Umweltbildung belebt und unterstützt die Europäische Zusammenarbeit.

Die europäische Zusammenarbeit in der Umweltbildung kann einen wesentlichen Beitrag zur grenzüberschreitenden Umweltverbesserung durch den partnerschaftlichen Austausch von Umsetzungserfahrungen leisten. Sie unterstützt das Umsetzen von zukunftsfähigen regionalen Entwicklungskonzepten und Umweltentlastungsstrategien. Sie nimmt national unterschiedliche Werte- und Entwicklungsvorstellungen auf und legt den Grundstein zu einem gemeinschaftlichen Verantwortungsgefühl für die natürlichen Lebensgrundlagen. Vor dem Hintergrund der globalen Umweltprobleme und der in vielen Fällen komplizierten Umsetzungsmöglichkeiten für multinational vertraglich vereinbarte Entlastungsstrategien, sind gerade die Staaten Europas zu einer beispielgebenden Zusammenarbeit gefordert. Ergebnisse der europäischen Zusammenarbeit können auch Anregungen für Herangehensweisen im

globalen Umwelt- und Naturschutz vermitteln. Umweltbildung muss international

- Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft beim Entwickeln und Umsetzen zukunftsfähiger Lösungskonzepte unterstützen,
- die demokratische Mitwirkung einer breiten Öffentlichkeit zu Fragen des Natur und Umweltschutzes und zur nachhaltigen Entwicklung fördern und
- den Austausch von Erfahrungen in der Umwelterziehung der nachwachsenden Generationen anregen.

Die Umweltbildungseinrichtungen im Netzwerk Umweltbildung Sachsen

- streben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit europäischen Bildungseinrichtungen verschiedener Länder im Natur- und Umweltschutz an,
- unterstützen den Aufbau leistungsfähiger Bildungseinrichtungen und das Entwickeln innovativer Umweltbildungskonzepte, vor allem in den Beitrittsländern zur europäischen Union,
- befördern ein gesamteuropäisches Denken und Handeln im Natur- und Umweltschutz.

Leitlinie 7:

Umweltbildung und globales Lernen gehören zusammen.

Seit der Konferenz von Rio (1992) sowie mit dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) ist jede Gesellschaft dieser Erde aufgefordert, ihr Verhalten nicht nur an ihrer eigenen Überlebensfähigkeit, sondern an der Überlebensfähigkeit der Weltgesellschaft auszurichten. Unsere in der westlichen Staatengemeinschaft eingebundene Gesellschaft ist mit der Erkenntnis konfrontiert, dass unsere Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere der ungezügelter Energie- und Ressourcenverbrauch, mit außerordentlichen Belastungen vieler Länder besonders in der südlichen Hemisphäre verbunden ist. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird von immer mehr Menschen als Gefahr für die Sozialsysteme und die Umwelt empfunden. Diese teilweise sehr stark divergierenden Interessenlagen führen dazu, dass viele gesellschaftliche Gruppen Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development) je nach ihrem Nutzen und ihrer Betroffenheit

unterschiedlich gewichten, also gemeinsame konkrete Handlungsmaximen für eine globale Zukunftspolitik noch nicht gefunden haben.

Abhilfe kann nur ein Prozess schaffen, der darauf abzielt, grundlegende Änderungen unserer Werthaltungen, Institutionen und Lebensstile sowie unserer Haltungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Die Globalisierung der Wirtschaftspolitik muss ergänzt werden durch eine Globalisierung der Sozial- und Umweltpolitik. Insbesondere die Themenbereiche „Erneuerbare Energien, Energieeffiziente Techniken, Wassermanagement, Zugang zu Trinkwasser“ stehen mit dem Umsetzungsplan des Weltgipfels in Johannesburg im Mittelpunkt der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit. Die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern ist die Voraussetzung für einen schonenderen Umgang mit der Umwelt. Solidarisch sind gemeinsame Wege zu suchen – unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen. Es geht darum, die natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für eine tragfähige Wirtschaft und eine menschenwürdige Existenz aller Menschen zu bewahren. Dies ist als Win-win-Prozess zu entwickeln und auch zu kommunizieren.

Bildungsarbeit spielt für den Erfolg dieses Prozesses eine zentrale Rolle. Sie muss partizipativ sein, also die Menschen selbst mit einbeziehen. Sie darf nicht getragen sein von einer einseitigen Belehrungskultur, sondern von einer allseits anerkannten Lernkultur des partnerschaftlichen, gleichrangigen Gebens und Nehmens. Sie sollte interkulturelle Kompetenz vermitteln und Weltoffenheit fördern. Sie muss, Umwelt und Entwicklung und soziale Gerechtigkeit miteinander verknüpfen.

Leitlinie 8:

Umweltbildung benötigt vorbildhafte Umweltbildungsstätten.

Wer Anforderungen an andere formuliert, muss sich selbst auch der Herausforderung stellen. Die Umweltbildungsstätten haben eine Vorbildfunktion. Sie sollen in hohem Maße nach dem Muster moderner

Dienstleistungseinrichtungen nach den Kriterien der Kundenfreundlichkeit, des Marketings, der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz arbeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bildungsstätten müssen für die neuen Aufgaben motiviert und gezielt qualifiziert werden. Ebenso sind mittel- und langfristig die Fachgebiete Psychologie, Soziologie, Politologie, Kulturwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Marketing im Sinne der Interdisziplinarität einzubinden.

Umweltbildungsstätten sollen Bereiche wie Beschaffung, Energie- und Wasserverbrauch, Abfallaufkommen, Verpflegung, Verkehrsmittel, Innen- und Außengestaltung kritisch prüfen und ggf. Veränderungen planen und umsetzen, um den Anspruch einer zukunftsorientierten Bildungsstätte erfüllen zu können.

Leitlinie 9:

Umweltbildung dient der Stärkung der Regionen.

Bildungsprozesse besitzen bei gesellschaftlichen Prozessen in den jeweiligen Regionen eine zentrale Rolle, denn die Regionen sind Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum.

"Bildung ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit den Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinanderzusetzen. (...) Sie ist unabdingbare Voraussetzung für die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen und Bedürfnisse in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen. Sie ist auch von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines 10 ökologischen und ethischen Bewusstseins, (...) von Werten und Einstellungen, Fähigkeiten (...) sowie für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung."

(AGENDA 21 von 1992, Kap. 36.3)

Durch Bildungsprozesse soll gerade auch in den Regionen eine größere Gerechtigkeit bezüglich Lebensqualitäten und -chancen aller jetzt und künftig lebenden Generationen erreicht werden. Menschen sollen befähigt werden, ihre Möglichkeiten vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung abzuschätzen und zu einem naturverträglichen zukunftsorientierten Handeln angeregt werden.

Umweltbildung dient den Menschen in ihrer jeweiligen Region. Auch die Folgen ihres Tuns durch wirtschaftliche Tätigkeit, Freizeitverhalten, Planungs- und Entwicklungsprozesse betrifft in sehr vielen Fällen unmittelbar die eigene Region. Spezifische Besonderheiten für die weitere Gestaltung der Regionen sind in der Regel sehr eng an die natürlichen Gegebenheiten gebunden. Der umweltgerechten Entwicklung der Region kommt daher eine wichtige Rolle zu.

Die Organisation und Angebotsstruktur der Umweltbildung muss sich daher an den regionalen Strukturen ausrichten. Die Umweltbildungsangebote im Freistaat Sachsen sollen daher überwiegend dezentral verteilt und an den spezifischen Besonderheiten der jeweiligen Region orientiert sein. Regionale Teilnetzwerke mit einer regionalen Koordinierung sind adäquater Ausdruck der Umweltbildung auf die bestehenden Verwaltungs-, Wirtschafts- und Naturraumstrukturen.

Ausblick

Diese Leitlinien bilden die Grundlage für die künftige Entwicklung des Netzwerkes Umweltbildung Sachsen und weiterführend für die Entwicklung von zeitgemäßen und bedarfsgerechten Umweltbildungsangeboten. Sie dienen den im Netzwerk organisierten Umweltbildungseinrichtungen und freiberuflich in der Umweltbildung tätigen Personen als Orientierung für die eigene Arbeit. Die Leitlinien sind Grundlage für die Einführung eines adäquaten Qualitätsmanagements im Netzwerk Umweltbildung Sachsen.